

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	FDP	
Außenpolitik	für :		soziale Weltwirtschaft				Kultur der militärischen Zurückhaltung	
			Abrüstung				gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung	
			zivile Kooperation				Etablierung und Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO	
							Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl	
	gegen :		Ziel der weltweiten Einsatzfähigkeit					
			Ausbau militärischer Stärke					
			Kriegeinsätze					
	Forderung :		Besitz von Massenvernichtungswaffen					
			sofortiger Abzug aus Afghanistan					aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratieförderung
			Verbot von Rüstungsexporten					neue europäische Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle
							langfristig einen europäischen Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
						EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte rechtsverbindlich zu machen		
Sozialpolitik	für :		sozialstaatliche Grundsätze				"fairen Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme"	
			gut entlohnte Arbeit				mehr Verantwortung für soziale Reformen bei den Mitgliedstaaten	
			mehr sozialen Wohnungsbau					
	gegen :		wachsende soziale Spaltung					
			Ausgrenzung und Armut					
	Forderung :		mehr öffentliche Investitionen					soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage
			Einführung einer Kindergrundsicherung (alle Regelleistungen werden zusammengefasst)					Programme zur europaweiten Förderung von Projekten, die zu Vielfalt und Toleranz beitragen
			Abschaffung Hartz IV					Innovations- und Bildungsförderung statt strukturenhaltender Subventionen
			Mindestlohn (10,-€) und Mindestrente (900,-€)					Umwidmung des Globalisierungsfonds zu Mitteln für Forschung und Entwicklung
Transparenz / Demokratie	für :		Gleichberechtigung Mann & Frau					
			mehr unmittelbare Mitwirkung der Bürger/innen					
	gegen :		Diskriminierung					
			"Lohndiskriminierung"					
			Einschränkung der Rechte von Parlamenten und Gewerkschaften					
	Forderung :		transparente Entscheidungsprozesse					"Stärkung der demokratischen Komponente der europäischen Innen- und Justizpolitik durch den Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente"
			umfassende Bürgerdemokratie					volle Sicherstellung einer lückenlosen und wirksamen Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der EU
			Verbot von Parteispenden durch Unternehmen					Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente
			freier Zugang zu digitalen Netzwerken					"nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder"

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	FDP		
Innenpolitik	für :		"partnerschaftliche Kooperation der Regionen"				bedingungslose Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EU-Mitgliedstaaten		
			Grundrecht auf Asyl				größere Zurückhaltung bei strafrechtlichen Sanktionen als schärfstes Mittel zur wirksamen Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts		
							Stärkung des ordre-public-Vorbehalts		
							nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder		
	gegen :		Neofaschismus, Rassismus, Fremdenhass						
	Forderung :		Bekämpfung der Kriminalität darf nicht zu Lasten der Grundrechte gehen					Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	
								die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Recht auf Asyl in allen Staaten der EU zu gewährleisten	
								Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und die Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA, sowie Verzicht auf eine Fluggastdatensammlung für inhereuropäische Flüge	
								volle gerichtliche Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maßnahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu garantieren	
Wirtschafts- und Finanzpolitik	für :		sozialstaatliche Grundsätze				Festhalten am Verschuldungsverbot der EU		
			"gut entlohnte Arbeit"				Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die wirklich bedürftigen Regionen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“		
							einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln ist		
	gegen :		deregulierte Finanzmärkte				Umschichtung der Ausgaben EU-Steuer in jedweder Form		
			Markt radikalismus				Dauersubventionierungen		
			Ausbau des Niedriglohnssektors						
	Forderung :		Stärkung der Binnenwirtschaft					Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den EU-Haushalt	
			strikte Kontrolle der Finanzmärkte					volle parlamentarische Kontrolle aller Ausgaben für Entwicklung	
			Abkoppeln der Finanzierung der Staaten von den Finanzmärkten					ein gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem der EU	
			Einführung einer Vermögensabgabe in Europa					Finanzierung des EU-Haushalts ausschließlich aus zwei Quellen: Traditionelle Eigenmittel (Zölle) und Abführungen auf Grundlage der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten – Anteile am Bruttonationaleinkommen (BNE Abführungen)	
Bildungspolitik	für :						Anhebung der Sprachkompetenz		
	gegen :								
	Forderung :							Maßnahmen zur Sprachförderung	
								Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Mitgliedstaaten und als Amts- und Arbeitssprache in den EU-Institutionen	
							reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien		

